

MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
abgeleitet  
Eing.: 28. JUNI 2007  
PEL-03241-2007/0001-K&R/LAT  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsenat



11  
AB

**DIE GRÜNEN**  
**BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

der Landtagsabgeordneten Ingrid Puller (GRÜNE)  
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28. Juni 2007  
zu Post 9 der heutigen Tagesordnung  
**betreffend Rechte von neuen Beschäftigten bei Ausgliederungen**

### BEGRÜNDUNG

Die Wirtschafts- und Personalpolitik der Wiener Stadtregierung setzt auf Ausgliederungen in privatrechtliche Organisationsformen wie Vereine, Fonds oder (gemeinnützige) Unternehmen. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass dies vor allem für neue – auf privatrechtlicher Basis angestellte – Beschäftigte in den überwiegenden Fällen eine Verschlechterung gegenüber den festgelegten Arbeitsbedingungen und finanziellen Regelungen vor einer Ausgliederungsmaßnahme bedeutet.

Die unterzeichnende Landtagsabgeordnete stellt daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

### BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass

1. für alle zukünftig, privatrechtlich angestellten Beschäftigten der ausgegliederten Vereine, Fonds und Unternehmen bereits im Zuge der Ausgliederung umfassende Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträge - dort wo möglich - zu verhandeln und abzuschließen sind,
2. sich diese Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträge in den Arbeitsbedingungen und finanziellen Regelungen an der Vertragsbedienstetenordnung als Mindestnorm orientieren,
3. in jenen Bereichen, die sich in einem rechtsfreien Raum befinden, die Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte der BelegschaftsvertreterInnen analog den gesetzlichen Regelungen des ArbVG zu gewährleisten sind und diese Forderungen auch auf die bereits ausgegliederten Vereine, Fonds und Unternehmen der Stadt Wien Anwendung finden.

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.6.2007

Rechte von Beschäftigten bei Ausgliederungen.doc, 27.06.2007-c, 1/1